

ÖKOLANDBAU WEITER AUSBAUEN, PESTIZIDAUSBRINGUNG REDUZIEREN, MASSENTIERHALTUNG STOPPEN

BN FORDERT BESCHLÜSSE ZUR AGRARWENDE IM BAYERISCHEN LANDTAG

Der bayerische Weg in der Landwirtschaft muss Sache des gesamten Kabinetts werden, fordert der BUND Naturschutz in Bayern, und dazu braucht es auch klare Beschlüsse im Landtag.

Dies betrifft den Ausbau des Ökolandbaus in Bayern über das Jahr 2017 hinaus, den Ausstieg aus dem Herbizideinsatz im Ackerbau, die Finanzierung von Agrarumwelt-, Vertragsnaturschutz- und Landschaftspflegeprogrammen, sowie eine Obergrenze für Stallneubauten und -erweiterungen im industriellen Maßstab.

Industrielle Tierhaltung einschränken

„Es darf nicht sein, dass auch in Bayern Ställe mit fünfhundert oder eintausend und mehr Milchkühen zum Vorbild werden, und die Industrialisierung im Mastschweinebereich so schleichend fortschreitet wie im Mastgeflügelbereich“, kritisiert Hubert Weiger, BN Vorsitzender, und weiter: „Die Tierhaltung muss wieder an die vorhandene Futterfläche angepasst werden. Mit einer Bundesratsinitiative zur Änderung des Baugesetzbuchs und des Bundesimmissionsschutzgesetzes muss die Privilegierung von großen Tierhaltungsanlagen, die der Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen, weiter eingeschränkt werden“. Dies soll dann Anlagen mit mehr als 30.000 Masthähnchen, 1500 Schweinen oder 250 Rindern betreffen.

„Es darf künftig auch keine Investitionsförderung mehr geben für Ställe, in denen das Tierwohl nicht besonders berücksichtigt wird“, fordert der Sprecher des BN-Arbeitskreises Landwirtschaft, Stephan Kreppold, und weiter: „Strohauftallung statt Spaltenböden, Auslauf ins Freie, eine artgerechte Fütterung statt Turbomast und das Unterlassen von Amputationen an Tieren müssen Ziele des bayerischen Wegs werden.“

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 13. Mai 2016

PM 046-16/LFG

Landwirtschaft

Agrarförderung neu gestalten

In dem neuen Positionspapier des BN: „Bäuerliche Landwirtschaft – Bayern braucht Zukunftsperspektiven“ geht es dem BUND Naturschutz auch um die Abkehr von einer Agrarmarktpolitik, die auf Exportorientierung und Weltmarkt setzt und die Umverteilung der Agrarfördermittel, weg von einer reinen Flächenförderung, hin zu konkreten, gemeinwohlorientierten Leistungen.

Für die bayerische Landespolitik fordert der BN die Bereitstellung von jährlich 200 Millionen Euro für den Vertragsnaturschutz, sowie einen weiteren Ausbau und die Ökologisierung des bayerischen Kulturlandschaftsprogramms.

Ökolandbau ausbauen

Der BN fordert als Ziel bis 2020 die Ausweitung des Anteils an ökologisch bewirtschafteter Fläche auf mindestens 20%, den weiteren Ausbau der Forschung für die Optimierung von Getreideerträgen und der Leguminosenzüchtung und den Einsatz von Biolebensmitteln in staatlichen Einrichtungen. Basiswissen über den Ökolandbau, Biodiversität, Lebensräume und Landschaftsgestaltung muss noch stärker in der landwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung verankert werden.

Pestizidausbringung in der Landwirtschaft minimieren

Der Pestizideinsatz in der Landwirtschaft trägt über die mögliche Anreicherung im Bodenökosystem und in der Nahrungskette zur Gefährdung von Kleinlebewesen, Tier und Mensch bei. Der BN kritisiert, dass die Datengrundlage zur Wirkungsabschätzung von Pestiziden hinsichtlich Metabolismus, Gentoxizität und Kanzerogenität mangelhaft und zum Teil völlig fehlend ist. Bei den 110.000 Tonnen zubereiteten Pflanzenschutzmitteln, die jährlich in Deutschland verkauft werden, sind auch 900 Formulierungshilfsstoffe mit toxischen Einzel- und Kombinationswirkungen im Einsatz und müssen nicht deklariert werden. „Das Zulassungsverfahren für Pestizide muss, insbesondere durch Offenlegung der Unterlagen, die zur Zulassung der Pestizide geführt haben, endlich verbessert werden“, so Marion Ruppaner, BN Agrarreferentin. Zudem muss der Einsatz von Herbiziden (Unkrautvernichtungsmitteln) im Ackerbau

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 13. Mai 2016

PM 046-16/LFG

Landwirtschaft

strenger reglementiert und durch mechanische und ackerbauliche Maßnahmen ersetzt werden.

Nur über eine Reduktion des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft können auch die Spätfolgen für die Verlagerung von Pestizidrückständen in das Grund- und Trinkwasser vermieden werden.

Glyphosatzulassung stoppen

Der BN appelliert eindringlich an Ministerpräsidenten Horst Seehofer und Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt bei der nächsten Woche anstehenden Abstimmung bei der EU Kommission über die anvisierte Verlängerung der Zulassung des wahrscheinlich krebserzeugenden Herbizids Glyphosat mit nein zu stimmen.

Boden- und Grünlandschutz

Zum Erosionsschutz fordert der BN verpflichtende Grünstreifen an Gewässern und Gräben. Mit einem eigenständigen bayerischen Grünlandsicherungsgesetz sollen Wiesen und Weiden dauerhaft vor dem Umbruch geschützt werden und auf Moorstandorten Acker wieder in Grünland rückumgewandelt werden. Die Sicherung besonders artenreicher Wiesen und der Ausbau eines Netzes ökologischer Vorrangflächen soll den Artenverlust in der Agrarlandschaft stoppen.

Nachhaltige Ernährung breiter in der Gesellschaft verankern

Der BN fordert eine verstärkte Verbraucheraufklärung zu einem nachhaltigen Ernährungsstil, der den regionalen und saisonalen Bezug von Lebensmitteln genauso beinhaltet, wie die Verringerung des Konsums tierischer Lebensmittel und die Vermeidung von Lebensmittelverlusten und Verpackungsabfällen.

Für Rückfragen:

Marion Ruppaner, BN-Agrarreferentin

Tel. 09 11/81 87 8-20

E-Mail: marion.ruppaner@bund-naturschutz.de

<http://www.bund-naturschutz.de/landwirtschaft/agrarpolitik.html>

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

ifg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 13. Mai 2016

PM 046-16/LFG

Landwirtschaft